

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 4

Artikel: Vom Kreml zur MPLA : Kurskorrektur
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jacques Baumgartner über Angola

Vom Kreml zur MPLA: Kurskorrektur

Anfang März wollen die in Angola regierende marxistische MPLA-Regierung und die Widerstandsbewegung Unita ihre derzeit blockierten Friedensgespräche wieder aufnehmen. Das Scheitern der sechsten Runde der Verhandlungen über einen Waffenstillstand führt die Unita u. a. auf eine sich verhärtende Aussenpolitik der Sowjetunion zurück. Die MPLA vollziehe die Kurskorrektur des Kreml nach.

Vordergründig verlief die sechste Verhandlungsrunde seit April vergangenen Jahres in Lissabon ergebnislos, weil die regierende Volksbewegung zur Befreiung Angolas auf einem verbindlichen Datum für das Inkrafttreten eines Waffenstillstandes bestand. Darauf konnte und wollte die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas nicht eingehen, hatten sich doch MPLA und Unita auf einem Treffen im Dezember in Washington unter anderem darauf geeinigt, dass der Unterzeichnung eines Waffenstillstandes die Vereinbarung über den Zeitpunkt für freie und faire Wahlen vorausgehen müsse. Das bedeutete die Einführung eines Mehrparteiensystems und die Anerkennung der Unita als politische Partei.

Die Unita führt – hintergründig – den ergebnislosen Verlauf der jüngsten Gesprächsrunde unter anderem darauf zurück, dass die MPLA-Führung sich auf die sich immer mehr abzeichnende Kurskorrektur des Kreml einstelle. Es gäbe einen politischen und einen militärischen Aspekt. In Luanda hätten derzeit wie in Moskau die sowjetischen Generäle das Sagen und nicht die Politiker. Die Perestrojka sei von einer «Panzertröjka» abgelöst worden. In dieser inneren Entwicklung der Sowjetunion erblicke auch die MPLA ihre Chance.

Neue Vorbedingungen der MPLA

In einer gemeinsamen, am 8. Februar in Lissabon veröffentlichten Erklärung gaben die portugiesische Regierung, die offiziell lediglich ihre guten Dienste zur Verfügung stellt, aber als eigentlicher Vermittler fungiert, und Delegationen der USA und der Sowjetunion, die als Beobachter den Verhandlungen beiwohnen, die Schuld für das Scheitern der Gesprächsrunde der Volksrepublik Angola. Diese habe neue «Vorbedingungen» gestellt.

MPLA und Unita hatten sich in Washington im weiteren darauf geeinigt, «dass Angola eine demokratische Nation mit Mehrparteiensystem sein werde, dass die internationale Gemeinschaft einen Waffenstillstand garantieren solle, in Angola freie und faire Wahlen stattfinden sollen, von der internationalen Gemeinschaft überwacht, dass alle Militärhilfen aus dem Ausland eingestellt würden, sobald ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet sei». Diesen «Prinzipien» hatten auch Vermittler und Beobachter zugestimmt.

Am 23. Januar hatte die MPLA-Regierung in Luanda verlautbaren lassen, dass sie die Verhandlungsprinzipien akzeptiert und ihre Bereitschaft bekundet habe, sich an der sechsten Gesprächsrunde jederzeit zu beteiligen, sollte es für die Unita «ein Anreiz sein, sich ernsthaft um einen Waffenstillstand und die Verwirklichung des Friedens in Angola zu bemühen». Unerwähnt blieben im Communiqué das Mehrparteiensystem und die freien Wahlen. Beides bedingte eine Verfassungsänderung.

Die MPLA hatte sich im Dezember 1977, zwei Jahre nach der Machtübernahme mit sowjetisch-kubanischer Militärunterstützung, verpflichtet, sich auf politischem, ideologischem und organisatorischem Gebiet zu einer «marxistisch-leninistisch orientierten, avantgardistischen Partei» zu entwickeln. Anfang Dezember billigte die MPLA auf ihrem dritten Kongress «im Prinzip» Vorschläge des Zentralkomitees über eine Verfassungsrevision. Auf einem ausserordentlichen Kongress Ende März soll über die «angestrebte Einführung eines Mehrparteiensystems» entschieden werden. Bis dahin dürften die Friedensverhandlungen kaum vorankommen, möglicherweise auch danach stocken, sofern sich die Reformen in der Sowjetunion weiterhin rückbilden.

Beunruhigender Wahlausgang auf den Kapverden

Die Niederlage der Staatspartei (Afrikanische Unabhängigkeitspartei/PAICV) bei den ersten freien Wahlen auf den Kapverden im Januar ist bis anhin vom offiziellen Luanda totgeschwiegen worden. Einzig die amtliche Nachrichtenagentur Angop meldete in einer Depesche, «Kapverde ist eine Lektion, an die man sich erinnern muss». Im privaten Bereich habe «dieses Thema eine natürliche Kontroverse» ausgelöst, die sich mit den Ursachen des Verlustes an Glaubwürdigkeit der PAICV-Politik befasse, mit den Konsequenzen dieses Verlustes bei der Wählerschaft und mit der Zukunft der Gruppe der «Fünf» (portugiesisch-sprachige afrikanische Länder). Die MPLA-Regierung aber versteckte sich hinter «verschämtem Schweigen», aus dem sich das Ausmass ihrer Beunruhigung ablesen lasse. Diese Angop-Depesche wurde später von der MPLA als «technische Panne» bezeichnet. Die MPLA hatte den Wahlkampf der PAICV finanziell unterstützt.

Die Unita ihrerseits hat ihre Anhänger zu einem Treffen Mitte März nach Jamba eingeladen, in die «Bastion angolischen Widerstandes» im Südosten des Landes. Vertreter der Unita in westeuropäischen Hauptstädten warnen ausländische Unternehmer vor Investitionen zum jetzigen Zeitpunkt in Angola. Sie gefährdeten den Friedensprozess, indem sie durch ihr Kapital ein undemokratisches Regime finanzierten und

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

am Leben erhielten. Die ausländischen Grosskonzerne, die sich nach 1975 in Angola niederliessen, hätten mit der Regierung in Luanda paktiert und «entscheidend zu einer Verlängerung des Bürgerkrieges und der Leiden des angolischen Volkes beigetragen. Der Bürgerkrieg dauert bereits sechzehn Jahre.

Vor neuer Offensive?

Nach Angaben der Widerstandsbewegung bereiten die MPLA-Streitkräfte mit Luftangriffen eine neue Bodenoffensive in der Südpinz Cuando Cubango vor. Unita-Stellungen im Norden des Landes würden ebenfalls bombardiert. Die MPLA setze erneut Gift- und Nervengas ein. Der belgische Toxikologe Aubin Heyndrickx hat seit 1986 wiederholt den Gebrauch von chemischen Waffen durch die MPLA-Streitkräfte gegen die Unita und gegen die in deren Gebiet lebende Bevölkerung nachgewiesen (Heyndrickx hatte die UNO unter anderem schon 1986 auf das chemische Potential des Irak aufmerksam gemacht).

Auf harsche Kritik seitens Luandas stiess ein angebliches Ersuchen der Unita an die Tschechoslowakei um Waffenlieferungen. Damit habe die «Marionettenbande» einen Mangel an Ernsthaftigkeit und Gewissenhaftigkeit bei dem gegenwärtigen Verhandlungsprozess bewiesen. Es bestätigte sich, dass die Unita mit bewaffneter Gewalt die Macht erlangen wolle. Im vergangenen Dezember hatte erstmals eine Unita-Delegation offiziell Prag besucht. Aber die Verbindungen zwischen der Widerstandsbewegung und der Tschechoslowakei wurden schon zu Beginn der achtziger Jahre geknüpft, als eine tschechoslowakische Regierungsdelegation in Jamba über die Freilassung gefangener sowjetischer Piloten verhandelte.

Gesperrte Friedenskorridore

Auf eine bevorstehende Offensive deutet auch hin, dass die sogenannten Friedenskorridore, die auf Anregung der Unita errichtet wurden, jetzt von der MPLA wieder gesperrt wurden. Durch diese gelangte in den vergangenen Monaten internationale humanitäre Hilfe vor allem in von der Regierung kontrollierte Städte in Südafrika; in diesem Gebiet hungern über zwei Millionen Menschen. ■

Joseph Pozsgai

Golfkrieg und Bonner Versagen

Die aussenpolitische Premiere Bonns nach Erlangung der vollen deutschen Souveränität brachte ein ausgewachsenes Fiasko auf die Bühne. Es geht um das deutsche Verhalten angesichts des Golfkrieges.

Der Golfkrieg kam der Bundesregierung zwar äusserst ungelegen, aber unerwartet konnte er für sie wahrhaftig nicht sein. Seit dem 2. August, als die irakischen Truppen in Kuwait einfielen, hatte sie gut fünf Monate Zeit, darüber nachzudenken, wie sie sich verhalten sollte, falls sich Saddam Hussein den UNO-Beschlüssen widersetzen würde – mit den entsprechenden Konsequenzen. Schon im August hatten die USA mit grossen Truppentransporten nach Saudi-Arabien begonnen; der Erprobungsfall war damit angezeigt.

Die völkerrechtliche Ausgangslage war eindeutig, und die Frage war nur, ob man die gerechtfertigten UNO-Beschlüsse auch durchsetzen würde. Was hier über die politische Prinzipienfrage hinaus und keineswegs für die Amerikaner allein auf dem Spiel stand, hatte Präsident Bush auch klargestellt, und zwar gleich am Anfang der Krise. Es sei nicht zu dulden, sagte er, dass sich ein hemmungsloser Führer der reichen, aber schwachen Erdölstaaten am Golf bemächtigt, um dann die Bezugsstaaten nach Belieben erpressen zu können.

Wenn das pro domo gesprochen war, dann erst in zweiter oder dritter Linie. Die USA beziehen lediglich 25 Prozent ihres Erdölbedarfs aus der Golfregion, die Europäer hingegen mehr als 50 Prozent des ihren. Nun gedachte ausgerechnet die stärkste Wirtschaftsmacht Westeuropas, nämlich Deutschland, bei diesem Konflikt auf der Zuschauertribüne Platz zu nehmen. Kein Wunder, dass das in Ländern, die sich für weniger Eigeninteresse stärker engagierten, sauer aufsties. Für sie musste es zwangsläufig so aussehen, dass Bonn seine Kastanien von andern aus dem Feuer ziehen lasse.

Aber Bonn hätte schon aufgrund eines speziellen Aspekts der ganzen regionalen Krise hellhörig werden müssen. Saddam Hussein drohte nämlich unaufhörlich mit der Vernichtung des jüdischen Staates, den er, wie man inzwischen gesehen hat, mit seinen sowjetischen Scud-Raketen, deren Reich-

weite mit deutscher Hilfe verlängert wurde, tatsächlich beschossen kann.

Um so peinlicher wirkte dann das lange deutsche Schweigen, als am 16. Januar der Krieg der Verbündeten im Auftrag der UNO und unter amerikanischem Kommando tatsächlich begann. Tagelang keine Stellungnahme aus Bonn. Die Ansichten und Absichten der Regierung wurden der Öffentlichkeit und der Bevölkerung vorenthalten. Das Feld wurde der Friedensbewegung überlassen, mitsamt ihren gelogenen Bestandteilen von früher, die nun einfach ihre antiamerikanischen Plakate wieder hervorholten und mit ihrem Feindbild dem Anliegen des irakischen Kriegsbeginners vom August ihren Sukkurs gaben.

In dieser Zeit also hüllte sich die Bundesregierung in Schweigen, und was sich in jenen Tagen in Bonn abspielte, ist bis heute ein Geheimnis. Erst als in den verbündeten Ländern sowohl Medien als auch Politiker immer deutlicher Auskunft begehrten, kamen die offiziellen Deutschen dazu, wenigstens vor den Vorhang zu treten.

Sogar die Franzosen, Altmeister der Alleingänge innerhalb der atlantischen Allianz, vermissten das Bündnisbewusstsein bei ihren deutschen Partnern. Der «Figaro», normalerweise keineswegs auf Germanophobie getrimmt, gab der Verstimmung exemplarischen Ausdruck: «Deutschland hat 80 Millionen Einwohner, das höchste Bruttonettoprodukt Europas und die grösste Armee des Kontinents. Von diesem Land dürfte man mehr erwarten als Friedensdemonstrationen auf den Strassen, als die mühsam bewilligte Stationierung von ein paar alten Alpha-Jets in der Türkei und als eine Zulage in Deutscher Mark für die «amerikanischen Söldner am Golf». Es ist Zeit, dass Deutschland seine Verantwortung auch aktiv wahrnimmt.»

Tatsächlich ist es so: Gerade von Bonn, das bisher als treibende Kraft einer politischen Union der EG-Länder galt, hatte man mehr erwartet als den Reflex, in einer kritischen Situation den Kopf in den Sand zu stecken. Im Bonner Schweigen sahen die Verbündeten – die britischen und amerikanischen erst recht – auch eine Stellungnahme, nämlich die Ablehnung von Waffengewalt gegen jenen Irak, der fünf Monate lang alle arabischen, amerikanischen, westeuropäischen